

November 2012

Freidenker

zwischen Havel und Oder



Eine Information des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.

Petition an den Deutschen Bundestag:

Verantwortungsloses Verhalten der Bundesregierung im Syrien-Konflikt

Eine Petition an den Deutschen Bundestag unter der laufenden Nummer 37867, die sich gegen das verantwortungslose Verhalten der Bundesregierung im gegenwärtigen Syrienkonflikt richtet, kann demnächst online unterstützt werden, sobald sie auf dem „Petitionsforum“ des Deutschen Bundestags veröffentlicht wird. Sobald die Veröffentlichung erfolgt ist, werden die Initiatoren zur Online-Unterstützung aufrufen. Die aktuell zur Unterstützung eingereichten Petitionen finden sich unter folgender Webadresse:

[https://epetitionen.bundestag.de/epet/petuebersicht/mz.\\$\\$.SSI.true.batchsize.10.sort.nr_d.page.0.html#pagerbottom](https://epetitionen.bundestag.de/epet/petuebersicht/mz.$$.SSI.true.batchsize.10.sort.nr_d.page.0.html#pagerbottom)

I

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Wir erheben Beschwerde dagegen, dass der Bundesminister des Äußeren und andere Bundesbehörden sich unter Bruch des Völkerrechts und des Deutschen Grundgesetzes in die inneren Angelegenheiten der Arabischen Republik Syrien einmischen, insbesondere durch die Unterstützung interner wie externer Feinde der rechtmäßigen syrischen Regierung, einschließlich bewaffneter Gruppen. Zum Sachverhalt weisen wir darauf hin,

⇒ dass ein Spionageschiff der Bundesmarine vor der syrischen Küste mit Hilfe akustischer und optischer Sensoren Informationen sammelt, die an die bewaffneten Gruppen weitergegeben werden;

⇒ dass Saudi-Arabien und Katar, die bewaffnete Gruppen nach Syrien entsenden, als regionale Militärmächte durch Lieferung deutscher Panzer gestärkt werden;

⇒ dass der Türkei, von der aus die bewaffneten Gruppen ungehindert nach Syrien einfallen, offiziell Anerkennung und Solidarität zugesichert wird;

⇒ dass die nach eigener Auskunft überwiegend aus dem Budget des Kanzleramts finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik Vertreter

syrischer Oppositionsgruppen nach Berlin eingeladen hat, um über „die Zeit nach Assad“ zu beraten.

⇒ dass die Bundesregierung andere Regierungen zu wirtschaftlichen Sanktionen gegen Syrien drängt, um das syrische Volk in seiner Widerstandskraft gegen die Aggression zu schwächen und zur Revolte gegen die Regierung zu bewegen;

⇒ dass sich die deutsche Diplomatie offen weigert, gemeinsam mit den Sicherheitsratsmitgliedern Russland und China und anderen Ländern auf eine Lösung des inneren Konflikts durch beiderseitigen (!) Gewaltverzicht und politische Verständigung hin-zuwirken.

Diese Handlungen von Bundesbehörden stellen in ihrer Gesamtheit eine völkerrechtliche Aggression dar. Denn nach der Aggressionsdefinition der Resolution der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 ist nicht nur „das Entsenden bewaffneter Banden, Gruppen, Freischärler oder Söldner durch einen Staat oder in seinem Namen“ als eine völkerrechtliche Aggression zu bewerten sondern auch eine „wesentliche Beteiligung“, wie sie sich aus dem gekennzeichneten Sachverhalt ergibt;

⇒ sie verstoßen daher gegen das Aggressionsverbot (Art. 2 Abs. 4 UN-Charta) und gegen die Pflicht zu friedlicher Konfliktlösung (Art. 2 Abs. 3 UN-Charta). Sie zeugen von offener Missachtung des Prinzips der souveränen Gleichheit der Staaten (Art. 2 Abs. 1 UN-Charta) und des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates (Art. 2 Abs. 7 UN-Charta).

⇒ sie unterminieren somit völkerrechtliche Grundnormen, die nach Art. 25 GG zu den „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“ gehören und „Bestandteil des Bundesrechtes“ sind. Das heißt: „Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“;

⇒ sie missachten schließlich auch das fundamentale Bedürfnis des deutschen Volkes, in Frieden und Sicherheit zu leben, das darin zum Ausdruck kommt, dass Artikel 26, Abs. 1 GG bestimmt: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Die Petition ist eine Initiative des Deutschen Freidenker-Verbands und des Frankfurter Solidaritätskomitees für Syrien. Sie wurde am 15. November 2012 von Sebastian Bahlo eingereicht. Er ist Referent des Vorstands des Deutschen Freidenker-Verbands für internationale Fragen und Solidarität. Bahlo ist außerdem neben Salim Tas, dem Vorsitzenden der Alawitischen Jugend in Deutschland, einer der beiden Sprecher des Frankfurter Solidaritätskomitees für Syrien. Das

Solidaritätskomitee organisierte am 1. September 2012 in Frankfurt am Main eine große Demonstration gegen die aggressive äußere Einmischung in Syrien. Es beteiligten sich bis zu 3000 Menschen unterschiedlichster politischer, weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen.

II

Zum Charakter des Krieges in Syrien ist von besonderem Interesse, was der syrische Präsident Bashar Al-Assad am 9. November 2012 in einem Interview mit dem russischen Auslandsfernsehen „Russia Today“ erklärt hat. (Voller Wortlaut auf Deutsch siehe:

<http://cooptv.wordpress.com/2012/11/12/baschar-al-assad-leben-und-sterben-in-syrien/>)

Es handele sich, so Assad, um „eine neue Art von Krieg, Terrorismus durch Stellvertreter, entweder Syrer die in Syrien leben oder ausländische Kämpfer, die aus dem Ausland kommen“. Das Problem sei, dass die Terroristen aus den Städten heraus kämpfen, wo Zivilisten anwesend sind. Die syrischen Sicherheitskräfte müssten sich bewusst sein, dass sie Schäden an der Infrastruktur und an der Zivilbevölkerung vermeiden müssen. Aber sie müssten kämpfen, sie könnten nicht zulassen, dass die Terroristen töten und zerstören. Das sei die Schwierigkeit bei dieser Art von Krieg. Und Assad konstatiert weiter: „Zweitens ist die Unterstützung, die den Terroristen in jeder Hinsicht, einschließlich Waffen, Geld und politischer Art geboten wurde, beispiellos.“ Es werde daher „ein harter Krieg und ein schwieriger Krieg“ werden. Es lasse sich nicht abschätzen, wann der Krieg beendet sein wird, solange unklar ist, „wann der Schmutz von ausländischen Kämpfern aus verschiedenen Teilen der Welt aufhört, vor allem aus dem nahen Osten und der islamischen Welt“.

Ohne diese Unterstützung der Terroristen vom Ausland her könnte Syrien „innerhalb von Wochen alles beenden“. Aber solange die kontinuierliche Versorgung der Terroristen mit Waffen, Logistik und anderem anhält, werde es ein langfristiger Krieg.

Dieser nüchternen Beschreibung der Lage ist nur hinzuzufügen, dass schon jetzt völlig klar ist:

1. Fällt das gegenwärtige Regierungssystem, blüht der syrischen Nation eben genau jener „arabische Frühling“, der gegen die Interessen der Völker von den imperialistischen Mächten in Szene gesetzt worden ist: Das Land würde wie Libyen und vorher Irak und Afghanistan wehrlos dem geostrategischen Verteilungskampf der imperialistischen Mächte ausgeliefert werden. Mit Syrien fiel in der Region das letzte Bollwerk des Säkularismus, der Stabilität und des Zusammenlebens. Schon jetzt sind Christen, Alawiten, Tscherkessen, Schiiten, moderate Sunniten und andere durch terroristische Trupps von Sala-

fisten, Moslebrüdern und Al-Qaeda an Leib und Leben bedroht. Von der zu erwartenden Destabilisierung der Region insgesamt ganz zu schweigen.

2. Hält Syrien dagegen unter der Führung Assads dem Anschlag stand, bedeutet das erstmals einen erheblichen Rückschlag für die westliche Strategie der dauernden Kriege, gewaltsamen Regierungswechsel und neokolonialen Besatzungsregimes. Nachdem vor über zwei Jahrzehnten der Untergang der sozialistischen Staaten Europas die Voraussetzungen für eine nahezu ungebremsste imperialistische Expansion schuf, deutet sich nunmehr im Syrien-Krieg an, dass dieser Konflikt als Katalysator der Herausbildung eines neuen multilateralen, multipolaren Gleichgewichts des internationalen Staatensystems wirken könnte. Das zeigt sich am deutlichsten an der selbstbewussteren Haltung Russlands und Chinas sowie anderer Staaten. Verantwortungsbewusste Politiker vieler Länder erkennen, dass dem maßlosen Vormachtstreben der Länder des Atlantikblocks Schranken gesetzt werden müssen und können.

Die Petition versucht bewusst zu machen, was im Syrien-Konflikt sowohl für das geschundene Land und die ganze Region als auch auf weltpolitischer Ebene auf dem Spiele steht.

III

Abschließend eine Bemerkung zu jenen in der Linken und in der Friedensbewegung, die mit oppositionellen Gruppierungen in Syrien sympathisieren und meinen, durch Parteinahme gegen die Regierung Syriens etwas Positives bewirken zu können. Mit der Intensivierung der militärischen Operationen des Westens gegen Syrien wachsen die Zweifel. Die Gräueltaten der terroristischen Banden finden inzwischen auch in den Mainstreammedien Beachtung. Auch in offiziellen Kreisen befürchtet man, dass in einem herbeigebombten „anderen Syrien“ keine irgendwie moderaten oder gar fortschrittlichen Kräfte sondern Salafisten, Al-Qaeda-Gruppen, Wahabisten und andere Akteure des reaktionärsten politischen Islam das Sagen haben würden. Ist es möglich, länger die Augen davor zu verschließen, dass die Zerrüttung der syrischen Gesellschaft durch Sanktionen und Bandenterror, die Zerstörung eines funktionierenden Staatswesens eine "humanitäre Katastrophe" von ungekannten Ausmaßen wäre? Von der Gefahr für den Weltfrieden ganz zu schweigen.

Die Petition, die auf der Einhaltung des Völkerrechts besteht, ist nicht mit der Bemerkung beiseite zu schieben, dass das Völkerrecht doch schon so oft gebrochen worden ist. Gerade in der Syrien-Krise tritt gegenwärtig mit äußerster Klarheit vor Augen, dass die Geltung der völkerrechtlichen Regeln eine grundlegende Bedeutung für die menschliche Zivilisation hat. Und auch folgendes wird klar: Verwirk-

licht und gesichert werden die Normen des Völkerrechts nicht allein durch allgemeine Rechtsüberzeugung sondern letztlich durch Zwang, der von den Staaten individuell oder kollektiv ausgeübt wird. Daher leistet ein Staat, der wie gegenwärtig Syrien gegen Aggressionshandlungen gemäß sei-nem „naturegegebenen Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ (Art. 51 UN-Charta) militärische Verteidigungsmaßnahmen ergreift, auch einen Beitrag dazu, dem Völkerrechtsbruch Schranken zu setzen, d.h. den Respekt völkerrechtlicher Normen zu sichern. Ein solcher Staat hat in dieser (!) Beziehung unbedingten Anspruch auf internationale Solidarität. Wer mit einem angegriffenen Staat und seiner Regierung im Sinne des Rechts der Völker solidarisch ist, handelt grundsätzlich anders als bürgerliche Regierungen, die oft nach dem Motto verfahren „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Ein Paradebeispiel dafür liefert gegenwärtig die Bundesregierung, die ständig andere Länder in Sachen Menschenrechte belehrt und gegen Syrien ohne jeden Skrupel gemeinsame Sache mit den reaktionärsten Despotien wie Katar und Saudi-Arabien macht. Dieselbe prinzipienlose „Freund-Feind-Logik“ den Befürwortern internationaler Solidarität mit Syrien zu unterstellen, ist nichts anderes als ein Totschlagargument. Wer es benutzt, will alle Kräfte, die vom Westen als „Feind“ ausgemacht sind, als solidaritätsunwürdig diffamieren, will überhaupt, dass sich fortschrittliche Kräfte von internationaler Solidarität verabschieden, will vergessen machen, dass internationale Solidarität auf der Grundlage der Verteidigung des Völkerrechts Aus-druck der Interessen aller Völker ist, also auch der eigenen Klasse und Nation, weil, wie gesagt, das zivilisierte Zusammenleben der Völker von der Wirksamkeit völkerrechtlicher Normen abhängt.

Die Initiatoren der Petition möchten manchen ihrer Mitstreiter in der Linken und in der Friedensbewegung Folgendes zu bedenken geben: Muss die Gestaltung der Politik Syriens nicht allein der syrischen Nation überlassen bleiben? Ist es moralisch gerecht-fertigt und politisch richtig, dieselben Ziele wie die Interventionsmächte, den „Sturz Assads“, „ein anderes Syrien“ etc. zu propagieren und zu legitimieren, auch wenn man meint, damit ganz andere Vorstellungen zu verbinden? Ist es nicht vielmehr dringend geboten, gegen das verantwortungslose Verhalten der eigenen Regierung im Syrien-Konflikt politisch Front zu machen, d.h. konkret von der Bundesregierung zu fordern, die Normen des Völkerrechts einzuhalten und die aggressive Einmischung in Syrien zu beenden?

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Freidenker-Verband e.V.

Naziaufmärsche in Potsdam und Frankfurt/Oder blockiert:

An den Aktionen beteiligten sich auch Genossinnen und Genossen unseres Verbandes. Im folgenden zwei Berichte aus den Bündnissen:

INFORIOT: Am Samstag (15. September) wollte die NPD in Potsdam aufmarschieren. Mobilisiert hatte der Kreisverband Havel-Nuthe. Die Demonstration unter dem Motto "Wir arbeiten - Brüssel kassiert. Raus aus dem Euro" sollte den Höhepunkt der "Aktion Kleeblatt", einem bisher mit mäßigem Erfolg verlaufenden Demonstrationsmarathons der märkischen Neonazipartei, bilden.



Potsdam am Hauptbahnhof am 15.09.2012, Foto Indymedia

Nur rund 80 NPD-Anhänger, davon etwa die Hälfte aus Berlin, versammelten sich am Potsdamer Hauptbahnhof. Damit blieb die Partei weit hinter den eigenen Ankündigungen zurück. 200 Teilnehmer waren bei der Versammlungsbehörde angemeldet gewesen.

Wie bereits in Frankfurt (Oder) gelang es den Neonazis nicht, die angekündigte Route durchzusetzen. Die Demonstration konnte den Startpunkt nicht einmal verlassen, nicht einen einzigen Meter konnten die Rechten laufen. Mehrere tausend Menschen blockierten die möglichen Aufmarschrouten entlang der Langen Brücke, in der Friedrich-Engels-Straße und in der Heinrich-Mann-Allee.

Zu den Blockaden hatten das antifaschistische Bündnis "They shall not

pass" und der städtische Zusammenschluss "Potsdam nazifrei" aufgerufen. Der SV Babelsberg 03 und die Aktionsgemeinschaft Babelsberg riefen zu einer weiteren Demonstration auf, die in Babelsberg startete und die Blockaden in der Innenstadt verstärkte. Bereits am Vorabend hatten 150 Antifaschist_innen gegen den Naziaufmarsch in Potsdam protestiert.

Während die Neonazis vergeblich auf den Start ihrer Demonstration warteten, hielten die NPD-Funktionäre Udo Voigt und Sebastian Schmidtke Reden. Beide beklagten sich über die andauernden Verbots- und Gerichtsverfahren mit der die rechte Szene momentan in Deutschland konfrontiert ist.

Schmidtke bezeichnete die aktuelle EU-Finanzpolitik als einen "Wirtschaftskrieg gegen die Deutschen" und zog einen Vergleich mit dem Vertrag von Versaille. Der Berliner NPD-Chef drohte, dass dem Kampf gegen den Neonazismus eine Abrechnung der Rechtsradikalen mit der Gesellschaft folgen werde - so krude der Vergleich auch sein mag - ein "Nürnberg 2.0".

Der NPD bot sich am Samstag kaum Gelegenheit, Stimmung unter ihren angereisten Anhänger_innen zu machen. Eine Bühne für die Neonazipartei bot der Potsdamer Bahnhofsvorplatz kaum. Obwohl die Blockierer_innen mehrmals durch die Polizei zum Verlassen der Langen Brücke aufgefordert wurden, wurden die Versammlungen nicht angegriffen und geräumt. NPDler Ronny Zasowk fasste es prägnant zusammen, als er kurz vor Ende der NPD-Veranstaltung verkündete: "Wir haben es fast durchgestanden."

Auch in der vierten Auflage der bisher glücklosen "Aktion Kleeblatt", gelang es der NPD nicht, ihre neonazistische Propaganda auf Brandenburgs Straßen zu tragen. Die Partei kündigte erneut an, ihre Demonstrationsoffensive am 10. November in Frankfurt (Oder) abschließen zu wollen.

Nachdem sie bereits am 24. März diesen Jahres an Blockaden in der Oderstadt scheiterten, ruft das breite antifaschistische Bündnis "Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)" dazu auf, den geplanten Neonazi-aufmarsch erneut zu stoppen und die Demonstrationsoffensive der NPD endgültig zum Desaster zu machen.

Erfolgreiche Blockaden überschattet von Polizeigewalt – Massenblockaden verkürzen Naziaufmarsch / Schwerverletzte durch Polizeibrutalität.

Bündnis „Kein Ort den Nazis in Frankfurt (Oder)“:

Mehr als 500 engagierte Bürger_innen aus Frankfurt (Oder) und darüber hinaus haben sich am Samstag, den 10.11.2012, einem Aufmarsch der neonazistischen NPD in Frankfurt (Oder) in den Weg gestellt. So wurde verhindert, dass die Nazis einen Tag nach dem 9. November (Gedenktag für die Opfer der Reichspogromnacht) durch die Frankfurter Innenstadt bis zur polnischen Grenze marschieren konnten. Das Bündnis „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)“ und die Stadt Frankfurt (Oder) hatten gemeinsam zu Protesten aufgerufen.

An den Aktionen beteiligten sich Antifaschist_innen unterschiedlichster Couleur von beiden Seiten der Oder. Einen besonderen Höhepunkt stellte die Rede von Jan Paciejewski auf der zentralen Kundgebung dar. Jan Paciejewski befreite 1944 mit einer polnischen Partisaneneinheit das Vernichtungslager Majdanek und beteiligte sich am vergangenen Samstag an den Blockaden gegen die neuen Nazis. Auch Frankfurts Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke und der Stadtverordnetenvorsteher Peter Fritsch nahmen solidarisch an den Blockaden teil.

Das Bündnis kritisiert scharf das brutale Vorgehen der anwesenden Polizei aus mehreren Bundesländern. Abseits der Hauptblockade wurden im Verlauf des Tages mehrere Personen durch Polizeigewalt verletzt; mindestens fünf Demonstrant_innen mussten teilweise stationär im Krankenhaus behandelt werden. Eine friedliche Blockade wurde mit unverhältnismäßiger Gewalt aufgelöst. Polizist_innen setzten eigenmächtig das Versammlungsrecht außer Kraft und verwehrten Bürger_innen die Teilnahme an einer angemeldeten Kundgebung des Bündnisses „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)“. Sie behinderten damit den demokratischen Protest in Hör- und Sichtweite. Demonstrant_innen, die auf dem Weg zu einer weiteren Kundgebung waren und ihr demokratisches Recht auf Versammlung nutzen wollten, wurden ohne jede Vorwarnung von Polizist_innen mit Schlagstöcken und Pfefferspray angegriffen und teilweise schwer verletzt. Mindestens eine Person erlitt dabei durch einen gezielten Tonfa-Schlag zum Kopf schwere Verletzungen.

Bei der Rückreise von Bürger_innen aus anderen Brandenburger Städten und Berlin kam es am Bahnhof Erkner zu gewalttätigen Übergriffen durch die Bundespolizei. Demonstrant_innen wurden gewaltsam aus dem Zug gezogen und zu Boden geprügelt. Dabei erlitt eine Person einen epileptischen Anfall und musste auf der Intensivstation behandelt werden. Die Beamt_innen der Bundespolizei verwehrten medizinischem Fachpersonal zunächst den Zugang und damit die Hilfe für den Betroffenen. Die betroffenen Personen hatten auf Grund von abfälligen Kommentaren der Polizeibeamt_innen den Eindruck, dass es sich bei der Polizeigewalt um „gezielte Racheaktionen wegen den erfolgreichen Blockaden“ handelte.

Diese Ereignisse müssen in einer Kontinuität betrachtet werden in der Gegendemonstrant_innen auf der Rückreise von antifaschistischen Demonstrationen während der Zugfahrt willkürlichen Polizeimaßnahmen ausgesetzt sind.

“Wir freuen uns über den starken Zuspruch und den Mut engagierter Bürger_innen, sich an unserem Protest und den Blockaden zu beteiligen. Jedoch sind wir schockiert und betroffen über das zum Teil brutale Vorgehen der Polizei. Wie eingesetzte Beamte mit antifaschistischem, demokratischem Protest umgehen, ist völlig inakzeptabel. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der skandalösen Maßnahmen. Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen.”, so Janek Lassau, Sprecher des Bündnisses „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)“.

Frankfurt (Oder), den 12.11.2012



UM fair TEILEN

Reichtum besteuern



Foto: Die Naturfreunde / Gabriele Senft

Ein breites Bündnis diverser Organisationen hat sich unter der Federführung von Compact und den Naturfreunden zusammengefunden, um gegen die zunehmende soziale Schieflage zu protestieren und die Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der wirksamen Bekämpfung von Steuerflucht am 29. September auf die Straße zu tragen.

Auch wenn unsere Forderungen wesentlich weiter gehen, so war es uns trotzdem ein Anliegen dieses breite Bündnis zu unterstützen. In den Reden, die während des Demonstrationszuges im antikapitalistischen Block gehalten wurden, wurde dies auch thematisiert: „... uns reichen nicht die Krümel, uns reicht nicht der Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei!“

Verbandstag der Freidenker beriet am 2. und 3. Juni 2012 in Nürnberg



Blick in den Tagungsraum

Ein Bericht über den Verbandstag ist bereits im **Freidenker** 2-12 nachzulesen.

Im neu gewählten Bundesvorstand ist auch der Brandenburgische Freidenkerverband wieder durch Ralf Lux vertreten.

Der neue Bundesvorstand (von links nach rechts):

Daniel Bratanović
(Bildungsarbeit)

Karin Mittelstädt
(Kassiererin)

Klaus Hartmann
(Vorsitzender)

Angelika Scheer
(Schriftführerin)

Eberhard Schinck
(stellvertretender Vorsitzender)



Monique Broquard (Redaktion Freidenker/Kulturarbeit)
Ralf Lux (Intessenvertretung Konfessionsfreier)

Von unmittelbarer Konsequenz für uns war jedoch der Beschluss einer neuen Betragsordnung mit Gültigkeit ab dem 01.01.2013, der es erforderlich machte auf der Mitgliederversammlung am 22. September 2012 eine neue Finanz- und Beitragsordnung unseres Landesverbandes zu beschließen:

Finanz- und Beitragsordnung des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des BFV am 22. September 2012 in Potsdam

1. Zur Finanzierung des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes gilt die Beitragsordnung des DFV e.V.

2 a) Es wird ein Regelbeitrag von 5,00 Euro pro Monat und pro Mitglied erhoben. Im Regelbeitrag ist der Preis für das Verbandsorgan „FREIDENKER“ enthalten.

2 b) Fördermitglieder bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst, jedoch mindestens 22,00 Euro pro Jahr.

2 c) Mitglieder mit einem Einkommen unterhalb des pfändungsfreien Mindesteinkommens (Armutsgrenze) können beim Vorstand einen Ermäßigungsbeitrag beantragen. Der Vorstand wird ermächtigt, entsprechende Regelungen mit diesen Mitgliedern zu vereinbaren, dabei ist ein Mindestbeitrag von 2,00 Euro pro Monat zugrunde zu legen. Im Ermäßigungsbeitrag ist der Preis für das Verbandsorgan „FREIDENKER“ enthalten.

3. Beiträge unterliegen der Bringepflicht. Der Beitrag ist spätestens zum Ablauf des jeweiligen Monats fällig. Die Zahlung erfolgt an den Vorstand. Barzahlung, Überweisung oder Lastschrift sind zulässig.

4. Das Eintrittsdatum für neue Mitglieder ist das Datum der Antragstellung. Die Beitragspflicht beginnt mit dem Monat des Eintritts.

5. Der BFV führt pro Mitglied 22,00 Euro vom Mitgliedsjahresbeitrag an den Bundesverband ab.

Über die Verteilung der nach Abführung an den Bundesvorstand verbleibenden Beitragsanteile wird durch den Vorstand auf Landesebene entschieden.

Für Neumitglieder werden 1,80 Euro pro Monat ab Eintrittsdatum bis Ende des Eintrittsjahres und für ausgeschiedene Mitgliederw 1,80 € pro Monat bis zum Beendigungsdatum der Mitgliedschaft an den Bundesverband abgeführt.

6. Der Nachweis über die Zahlung von Beiträgen und Spenden erfolgt in geeigneter Form (Mitgliedsbuch oder Quittung). Auf Verlangen wird eine Beitrags-/Spendenbescheinigung nach § 10b des Einkommensteuergesetzes ausgestellt.

7. Spenden werden entsprechend ihrer Zweckbestimmung verwandt. Ist kein solcher genannt, verfügt der Vorstand über die Verwendung der Spenden. Er unterliegt dabei der Spendenordnung des DFV e.V. auf der Grundlage der vereinsrechtlichen und steuerrechtlichen Bestimmungen.

Diese Finanz- und Beitragsordnung tritt am 01. Januar2013 in Kraft.

Dazu folgende Hinweise des stellvertretenden Landesvorsitzenden, der auch die Kasse betreut:

- Alle Genossinnen und Genossen, die einen Abrufauftrag erteilt haben brauchen nichts zu unternehmen. Es wird im Februar der neue Jahresbeitrag eingezogen. Wem diese Abbuchung in einer Zahlung zu hoch ist, meldet sich bitte zwecks Vereinbarung einer anderen Modalität.
- Alle Genossinnen und Genossen, die Daueraufträge laufen haben oder selbst überweisen, denken bitte an die Erhöhung. Die bisherigen Überweisungsmonate können gerne beibehalten werden.
- Barzahlungen sowie Eintragungen ins Mitgliedsbuch sind zu jeder Potsdamer Runde möglich.

>>Die Garnisonkirche braucht niemand<< lautet der Titel des Buches von unserem Mitglied **Frank Baier**

Frank zeigt anhand der Geschichte dieser evangelischen Militärkirche auf, daß der 21. März 1933 (Tag von Potsdam) kein Betriebsunfall, wie von den Befürwortern des Wiederaufbaus dargestellt, war, sondern sich in die Abfolge der Ereignisse nahtlos einfügt. Unter Friedrich Wilhelm I, dem Soldatenkönig, wurde von 1730 bis 1735 das Gotteshaus für die Soldaten des Königs errichtet. Es geriet zum Inbegriff des Militärstaates Preußen. Friedrich II schrieb in sein Testament: „dass man Kriege heimlich beabsichtigen, friedliche Gesinnung aber zur Schau tragen müsse.“ Kontinuität der Politik bis heute. Und in der Garnisonkirche wurden die Siegestrophäen gesammelt und die Soldaten auf Krieg eingeschworen. Garnisonsprediger Dr. Vogel überlieferte seine Erinnerung an seine Predigt vom Totensonntag am 18. November 1918: „...Draußen Chaos und Soldatenrat. Nun, ich habe mir als Prediger nichts verraten lassen, sondern die Wahrheit deutlich verkündigt und die Fürbitte für den Kaiser und König, unseren Herrn, beibehalten.“ Regelmäßig fanden militärische Feiern, Gedenkfeiern an große Schlachten und Siege, mit religiösen Weihen statt. Es folgten Fahnenweihen der Hitlerjugend, Vereidigungen auf Führer und Kanzler.

Die Befürworter eines Wiederaufbaus wollen diese Tradition fortsetzen, nur ganz offen sagen sie es (noch) nicht. Das Nutzungskonzept der evangelischen Kirche „Internationales Versöhnungszentrum Potsdamer Garnisonkirche“ unter dem Motto „Veränderung ist möglich“, nach außen durch die Einbindung des Nagelkreuzes von Coventry an der Turmspitze sichtbar, nach innen durch ein entsprechendes Veranstaltungs- und Ausstellungsprogramm inklusive einer Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer, ist gar nicht nach ihrem Geschmack.

Von den Befürwortern wird als ausreichend betrachtet, die Männer des 20. Juli 1944 zu würdigen, die ebenfalls eng mit dieser Kirche verbunden sind. Frank zeigt hier auf, daß es sich bei den Hauptakteuren um stramme Faschisten und Militärs handelte, die im Angesicht des Vormarschs der Sowjetarmee und der Eröffnung der zweiten Front, den Tyrannenmord wagten.



Ist alles dies dem geschichtskundigen Leser vielleicht mehr oder weniger bekannt, so ist der spannende Teil natürlich, welche Gruppierungen sich da tummeln, wie die Differenzen und Gemeinsamkeiten aussehen, welche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich dabei engagieren, wie viel Vermögen der Stadt Potsdam und aus dem von der Treuhand beschlagnahmten Vermögen der DDR-Parteien- und Massenorganisationen in den Wiederaufbau einfließen sollen.

Zu beziehen über den Buchhandel (ISBN 978-3-360-02071-0) oder den Brandenburgischen Freidenkerverband.

Unterstützung für den Aktionsausschuss der S-Bahn

Als Bewohner des Berliner Umlandes sind wir vom S-Bahnchaos in Berlin auch stets mitbetroffen. Die imperialistische Antwort auf die Probleme lautet: Zerschlagung und Privatisierung. Was eine vollständig privatisierte Bahn leistet ist in Großbritannien zu bewundern; dort ist man bemüht den restlos runtergewirtschafteten Betrieb wieder zu verstaatlichen, um ihn zu sanieren.

Deshalb empfehlen wir allen Lesern sich der folgenden Erklärung anzuschließen:

Erklärung der Solidarität:

KollegInnen, GewerkschafterInnen und UnterstützerInnen!

Das jahrelange und von der Bundesregierung gewollte Profitstreben der Deutschen Bahn AG, einhergehend mit permanenten Optimierungs- und Sparmaßnahmen in ihren Tochterunternehmen, wie der S-Bahn Berlin GmbH, hat zu gravierenden Folgen für die Sicherheit und Stabilität des Zugbetriebes geführt. Da weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen derzeitig der Daseinsvorsorge nachkommen, erhoffen sich die dort amtierenden Politiker die Lösung für ihre mit der Privatisierung der Deutschen Bahn selbst geschaffenen Probleme, in deren Fortsetzung und Ausbreitung zu finden.

Mit der 1994 durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Betreiben der Bahn nach den Regeln der Privatwirtschaft, mussten wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner S-Bahn über Jahre das Zerstören eines funktionierenden Nahverkehrsbetriebes miterleben. Nun sollen wir mit der geplanten Ausschreibung der Verkehrsleistungen der Berliner S-Bahn durch den Berliner Senat deren vollständige Zerschlagung und Privatisierung erfahren.

[Es reicht!!! Weder wir S-Bahner/innen noch unsere Fahrgäste brauchen weitere Erfahrungen mit dieser desaströsen Privatisierungspolitik!!!]

Die Berliner SPD hat mit ihrem Koalitionsvertrag mit der CDU ihre eigenen Beschlüsse gegen die Ausschreibung der S-Bahn Leistungen bewusst missachtet. Der Dachverband des DGB Berlin Nord/Ost hat eine gleichlautende Beschlusslage, aus der wir Beschäftigten leider bisher keine wirksame Unterstützung wahrnehmen. Stattdessen verhandeln nun sogar die Gewerkschaften mit der Politik um Sozialstandards für uns S-Bahner/innen, deren Inhalte wir Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder jedoch nicht kennen. Die Gewerkschaftsführung der EVG, die zum DGB gehört, und die der GDL, die zum DBB gehört, haben erklärt, dass sie die Ausschreibung der S-Bahn lediglich begleiten werden. Einem Arbeitskampf, den weit mehr als ein Drittel der S-Bahn Beschäftigten von ihren Gewerkschaften einfordern, gingen sie bisher aus dem Weg. Den Funktionären in den Gewerkschaften scheint mehr an ihrer



„Sozialpartnerschaft“ und ihrem „Co-Management“ mit der Deutschen Bahn AG zu liegen, als mit ihren Mitgliedern für deren Arbeitsplatzhalt und für 100% S-Bahn zu kämpfen. Der S-Bahn Betriebsrat ist zwar bisher bei seinem Beschluss über den Erhalt einer einheitlichen S-Bahn geblieben, aber nur formell und „... *solange es möglich ist.*“

Die Mehrheit der Mitglieder im S-Bahn Betriebsrat hat schon jetzt alles dafür getan, den Kampf der S-Bahner/innen, gegen die Ausschreibung der S-Bahn Leistungen und damit die Ausschreibung unserer Arbeitsplätze, zu verhindern. Die 1000 Unterschriften von weit mehr als 25% der S-Bahn Beschäftigten, die damit beim Betriebsrat eine Gesamtbetriebsversammlung während ihrer Arbeitszeit einfordern, hat der Betriebsrat lediglich zur Kenntnis genommen und thematisch nur sehr fadenscheinig aufgegriffen. Sowohl die Gewerkschaften wie auch der Betriebsrat haben bisher verhindert, dass wir S-Bahn Beschäftigte mit einer Vollversammlung ein deutliches und unübersehbares Zeichen gegen die Ausschreibung der Berliner S-Bahn setzen. Es reicht offensichtlich nicht, dass uns die Manager mit Arbeitshetze und Lohnabsenkung zusetzen. Nein, sie finden offensichtlich auch immer wieder Helfer, die durch ihr Handeln bewusst oder unbewusst den Kampf der arbeitenden Masse bei der S-Bahn, für eine hoffnungsvolle Zukunft aller S-Bahner/innen und ihren Familien, erschweren.

[Wir S-BahnerInnen vom „Aktionsausschuss 100% S-Bahn“ rufen Dich und Deine KollegInnen auf, uns und unsere Forderungen zu unterstützen!!!]

*Für die Herbeiführung einer Gesamtbetriebsversammlung aller S-Bahner/innen während ihrer Arbeitszeit, durch den Betriebsrat der S-Bahn Berlin GmbH!

*Für die Organisation aller uns zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mittel, bis hin zum Streik, gegen die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn, durch die Gewerkschaft der EVG und der GDL!

*Für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei der S-Bahn Berlin GmbH!

*Für die volle Wiederherstellung der einst funktionierenden S-Bahn Berlin GmbH!

*Für eine kostenlose S-Bahn für alle Schüler, Arbeitsuchenden, Zeitarbeiter und Senioren!

*Für 100% S-Bahn im alleinigen Interesse der Bürger/innen und S-Bahner/innen!

[**Vielen Dank für Eure Unterstützung und Solidarität!!!**]

Sendet uns Eure Unterstützung an: Aktionsausschuss@googlemail.com

Unsere nächsten Veranstaltungen

Potsdamer Runden: Jeweils ab 19.00 Uhr Smal-talk und Essen, 20.00 Uhr Vortragsbeginn im Mandarin (Bäckerstr./Lindenstr. in Potsdam)

06. Dezember 2012: Menschenrechte, Referent: Jens Oldenburg

Die historische Entwicklung der Menschenrechte und die Rolle der Aufklärung

Persönlichkeitsrechte, Freiheitsrechte, soziale Rechte und die justiziellen Rechte auf internationaler und nationaler Ebene

03. Januar 2013 - Dezentrale Energieversorgung durch Einsatz erneuerbarer Energiequellen", Referent: Jens Rassmann

Unsere Gesellschaft benötigt Energie um Häuser zu heizen, Werkzeuge anzutreiben, medizinische und wissenschaftliche Instrumente zu betreiben, Waren und Menschen zu transportieren usw. Allerdings ist die Art und Weise, wie momentan Energie erzeugt wird Ursache zahlreicher



Konflikte (Kriege, Machtkonzentration, Abhängigkeiten usw.) und ökologischer Katastrophen (Zerstörung von Ökosystemen, Klimawandel usw.). Die Kontrolle über die Energieversorgung ist ein Teil der kapitalistischen Macht. Aber es gibt Alternativen.

Als Illustrationen gibt's Beispiele aus Thy (Dänemark), wo die Anwendung solcher Technologie in der Anti-Atom-Bewegung einen maßgeblichen Ursprung hat.

In der Diskussion sollen folgende Punkte besprochen werden:

- "grüner Kapitalismus" (zentralisierte Megaprojekte, Umweltzerstörung im Namen des Klimaschutzes, Hungern für Energie usw.)
- Vor- und Nachteile von Techniken
- lokale Selbstorganisation

Februar 2013: Jahresplan 2013

Weitere Veranstaltungen:

22.Dezember 2012: Wintersonnenwende ab 16.00 Uhr bei Oliver Lenz, Carl-von-Ossietzky-Str. 6 in Potsdam

Es gibt den (bisher nur einmal bei arte gezeigten) Film „Geplante Obsoleszenz“ von Cosima Dannoritzer.

Die Dokumentation wirft einen kritischen Blick auf die Entstehung der heutigen Konsumgesellschaft. Es wird erklärt was "geplante Obsoleszenz" ist und wie dadurch unser enormes (Wirtschafts-)Wachstum erst möglich wurde. Doch unbegrenztes Wachstum ist in einer begrenzten Welt nicht möglich, und so zeigt der Film gegen Ende Alternativen und Lösungswege auf, die uns hoffentlich eines Tages aus diesem Dilemma heraushelfen werden.

XVIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz



Sonnabend, 12. Januar 2013, URANIA-Haus, An der Urania 17, 10787 Berlin, Einlaß ab 10 Uhr

Ab 11.00 Uhr Vorträge:

Wer hat Angst vor wem?

Widerstand gegen das Abrutschen in die Barbarei findet weltweit in unterschiedlichsten Formen statt. Von den Streiks der Schüler und Studenten in Chile über den Kampf gegen den Gefängnis-Industrie-Komplex der USA, die antikapitalistischen Bewegungen in den

Bankzentren bis zu den Anstrengungen Kubas um die Bewahrung der Revolution. Was zu tun ist – darüber wird auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2013 zu sprechen sein.

Referenten:

Ignacio Ramonet (Frankreich), Direktor von Le Monde Diplomatique en Español, Präsident des Vereins Mémoire des luttés, Ehrenpräsident von Attac

Piedad Córdoba (Kolumbien), Rechtsanwältin, Politikerin (Kolumbianische Liberale Partei)

Ramón Chao (Spanien), Schriftsteller, Journalist

Dan Berger (USA), Schriftsteller, Aktivist, Professor an der Universität Washington

Luis Morlote (Kuba), Präsident der Vereinigung Hermanos Saíz (Organisation junger kubanischer Schriftsteller und Künstler), Abgeordneter der Nationalversammlung

Bárbara Figueroa (Chile), Vorsitzende des Chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT (angefragt)

Jean Ziegler (Schweiz), Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats (angefragt)

Außerdem Beiträge von politischen Gefangenen:

Mumia Abu Jamal (USA), Journalist

Sundiata Acoli (USA), ehem. Black Panther Party, Black Liberation Army

David Gilbert (USA), ehem. Weather Underground

Oscar López Rivera (USA), Unabhängigkeitskämpfer für Puerto Rico

Grußadresse der Cuban Five (in den USA gefangene kubanische Freiheitskämpfer)

Moderation: Dr. Seltsam

Ab 14.00 Uhr Parallelprogramm

Arbeiterjugend 2013: Lernen, wie wir kämpfen müssen

Ab 18.00 Uhr Podiumsdiskussion: Der Feind steht links!

Konsequenzen aus den Vorgängen um die NSU

Susann Witt-Stahl (Publizistin)

Gabriele Heinecke (Rechtsanwältin) (angefagt)

Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Landtag Thüringen)

Monika Montag (Aktivistin aus der Antifa) (angefragt)

Patrik Köbele (stellvertretender Vorsitzender der DKP)

Moderation: Arnold Schölzel (Chefredakteur junge Welt)

Ab 20 Uhr Abschlußfete im Foyer :?Shmaltz!

Hinreißende Klezmer-Balkan-Beats aus Malwonja zum Auftakt um und zum Ausklang

Wer macht mit bei der Ausgabe der Kopfhörer?

Bitte meldet Euch beim Vorstand!

Luxemburg-Liebknecht-Demo am 13. Januar 2013

Beginn des Demonstrationzuges 10.00 Uhr am Frankfurter Tor

Wer kann die Berliner Freidenker am Infotisch unterstützen?

Brandenburgischer Freidenker-Verband e.V.

Konto 3503 3158 10, BLZ 160 500 00

bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Ralf Lux, Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480 Potsdam, Telefon (0331) 610565

Ulf Rassmann, Fürstenwalder Weg 30, 15711 Königs Wusterhausen

Jens Oldenburg, Kantstr. 29, 14471 Potsdam, Telefon (0174) 4605047

E-Mail vorstand@brandenburger-freidenker.de

Web <http://www.brandenburger-freidenker.de>